



- Beschlusskammer 6 -

Beschluss

Az.: BK6-15-045

In dem Verwaltungsverfahren

wegen: Zertifizierung eines Transportnetzbetreibers

der TenneT Offshore 9. Beteiligungsgesellschaft mbH, Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung,

Antragstellerin,

hat die Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann,

durch ihren Vorsitzenden Christian Mielke,
ihren Beisitzer Andreas Faxel
und ihren Beisitzer Jens Lück

am 16.03.2016 beschlossen:

1. Der Antragstellerin wird die Zertifizierung als Transportnetzbetreiberin erteilt.

2. Die Zertifizierung wird unter der Auflage erteilt, dass der Geschäftsführung der Antragstellerin keine Personen angehören, die Mitglied des Aufsichtsrates oder zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organe eines Unternehmens sind, welches von der Mitsubishi Corporation unmittelbar oder mittelbar durch Tochtergesellschaften kontrolliert wird und das eine Funktion der Gewinnung, Erzeugung oder des Vertriebs von Energie im Elektrizitäts- und Gassektor wahrnimmt.
3. Die Zertifizierung wird weiterhin unter der Auflage erteilt, dass die Antragstellerin die Bundesnetzagentur quartalsweise über die Anteile der Mitsubishi Corporation an Unternehmen, die die Funktion der Gewinnung, Erzeugung oder des Vertriebs von Energie im Elektrizitäts- und Gassektor wahrnehmen, informiert..
4. Ein Widerruf bleibt vorbehalten.

Gründe

I.

Das vorliegende Verwaltungsverfahren betrifft die Zertifizierung eines Transportnetzbetreibers nach § 4a EnWG.

Die Antragstellerin betreibt in der Bundesrepublik Deutschland die zwei Netzanbindungsleitungen HelWin2 und DolWin2, die dem Anschluss von Offshore-Windparks in der Nordsee dienen. Die Antragstellerin ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft der TenneT Offshore 8. Beteiligungsgesellschaft mbH, die wiederum eine Tochtergesellschaft der TenneT Offshore GmbH sowie der Diamond Germany 2. Transmission GmbH ist. Die TenneT Offshore GmbH hält Anteile in Höhe von 51 % des stimmberechtigten Stammkapitals der TenneT Offshore 8. Beteiligungsgesellschaft mbH. Die übrigen Anteile in Höhe von 49 % des stimmberechtigten Stammkapitals der TenneT Offshore 8. Beteiligungsgesellschaft mbH hält die Diamond Germany 2. Transmission GmbH.

Alleingesellschafterin der TenneT Offshore GmbH ist die TenneT GmbH & Co. KG, die wiederum vermittelt über weitere Gesellschaften, im Alleineigentum der TenneT Holding B.V. in Arnheim, Niederlande, steht, welche sich zu 100 % im Eigentum des Staates Niederlande befindet. Die Beteiligung wird dort vom Ministerium der Finanzen gehalten.

Der mittelbare Gesellschafter der Antragstellerin, die Diamond Germany 2. Transmission GmbH, ist zu 100 % ein Tochterunternehmen der Diamond Transmission Corporation Limited, die wiederum zu 100% im Eigentum der Mitsubishi Corporation mit Sitz in Tokyo, Japan, steht.

Mit Schreiben vom 20.07.2015, eingegangen bei der Beschlusskammer am 23.07.2015, hat die Antragstellerin die Einleitung des Zertifizierungsverfahrens beantragt. Mit ihrem Antrag hat die Antragstellerin umfangreiche Unterlagen vorgelegt, auf die jeweils im Einzelnen Bezug genommen wird. Diese enthalten insbesondere Informationen zum Eigentum an den Netzanbindungsleitungen, zur Kontrolle der Anteilseigner, zur Gewährleistung der personellen, finanziellen, materiellen und technischen Mittel sowie Erklärungen der Geschäftsführung zu deren Funktionen in anderen Unternehmen.

Die Antragstellerin legt dar, alle Anforderungen an eine Zertifizierung als eigentumsrechtlich entflochtener Transportnetzbetreiber zu erfüllen.

Die Landesregulierungsbehörden Schleswig-Holstein, Bayern und Niedersachsen wurden gem. § 55 Abs. 1 EnWG über die Einleitung des Zertifizierungsverfahrens benachrichtigt.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akten Bezug genommen.

II.

Die Antragstellerin ist als eigentumsrechtlich entflochtener Transportnetzbetreiber zu zertifizieren. Die formellen und materiellen Voraussetzungen einer Zertifizierung liegen vor. Die Antragstellerin hat nachgewiesen, dass sie entsprechend den Vorgaben in § 8 EnWG organisiert ist.

1. Formelle Rechtmäßigkeit der Entscheidung

Hinsichtlich der formellen Rechtmäßigkeit der vorliegenden Entscheidung sind die gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren, auch unter Berücksichtigung der besonderen formellen Voraussetzungen des §§ 4a ff. EnWG, gewahrt worden.

1.1. Zuständigkeit

Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die Zertifizierung nach § 4a Abs. 1 S. 1 EnWG ergibt sich aus § 54 Abs. 1 EnWG, die der Beschlusskammern zur Entscheidung folgt aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG.

1.2. Zulässigkeit des Antrages

Der Antrag auf Zertifizierung ist zulässig. Die Antragsbefugnis der Antragstellerin ergibt sich aus § 4a Abs. 1 S. 2 EnWG. Hiernach wird das Zertifizierungsverfahren unter anderem auf Antrag des Transportnetzbetreibers eingeleitet.

1.3. Beteiligte Behörden

Die Vorschriften über den Ablauf des Zertifizierungsverfahrens und die Einbindung der Europäischen Kommission wurden eingehalten. Die Beschlusskammer hat innerhalb des vorgegebenen Zeitraums von vier Monaten ab Einleitung des Zertifizierungsverfahrens einen Entscheidungsentwurf erstellt und diesen unverzüglich der Europäischen Kommission zur Abgabe einer Stellungnahme am 23.11.2016 übersandt. Im Vorfeld der Übersendungsverfügung wurden der Europäischen Kommission alle Antragsunterlagen zur Verfügung gestellt (§ 4a Abs. 5 EnWG). Die Europäische Kommission hat mit Schreiben vom 18.01.2016 wie folgt Stellung genommen:

1.3.1 Anteile an Erzeugungsanlagen von Mitsubishi

Die Kommission teilt die Auffassung der Bundesnetzagentur, dass die Beteiligungen der Mitsubishi Corporation an Stromerzeugungsunternehmen nicht mit dem Risiko einer Diskriminierung verbunden sind und somit einer Zertifizierung nicht im Wege stehen. Sie weist jedoch darauf hin, dass zusätzlich zu den regelmäßigen Berichtspflichten der Antragstellerin bezüglich der Anteile an Erzeugungsanlagen auch zu den Tätigkeiten der Mitsubishi Corporation im Bereich der Strom- und Gasversorgung berichtet werden sollte.

1.3.2 Mögliche Einflussnahme Mitsubishis auf den unabhängigen Netzbetrieb

Darüber hinaus merkt die Kommission bezüglich einer möglichen Einflussnahme der Mitsubishi Corporation auf den unabhängigen Netzbetrieb an, dass die Erklärung der Mitsubishi Corporation, dass sie aktiv die Übermittlung wirtschaftlich sensibler Daten der

Antragstellerin verhindere, nicht ausreichend sei. Hierdurch würden lediglich bestehende rechtliche Verpflichtungen bestätigt. Hier fordert die Kommission eine weitergehende Überprüfung, ob beispielsweise hinsichtlich vertraglicher Berichtspflichten des von Mitsubishi Corporation ernannten Geschäftsführers tatsächlich angemessene Vorkehrungen getroffen wurden.

1.4. Entscheidungsfrist

Die Zertifizierungsentscheidung wurde ebenfalls fristgerecht erlassen. Die Beschlusskammer hat die Frist von zwei Monaten nach Zugang der Stellungnahme der Europäischen Kommission eingehalten (§ 4a Abs. 6 S. 1 EnWG). Die Stellungnahme der Europäischen Kommission vom 18.01.2016 ist bei der Bundesnetzagentur am 20.01.2016 eingegangen. Die Entscheidungsfrist endete daher nach Maßgabe von § 31 Abs. 1 VwVfG i.V.m. §§ 188 Abs. 2, 187 Abs. 1 sowie 193 BGB am 20.03.2016.

2. Materielle Rechtmäßigkeit der Entscheidung

Die Entscheidung ist auch materiell rechtmäßig. Die Antragstellerin betreibt ein Transportnetz und ist deshalb zertifizierungspflichtig (siehe folgenden Abschnitt 2.1.). Der Antragstellerin war die Zertifizierung zu erteilen, weil sie nachgewiesen hat, dass sie entsprechend der Vorgaben in § 8 EnWG als eigentumsrechtlich entflochtener Transportnetzbetreiber organisiert ist (siehe folgenden Abschnitt 2.2.). Die Entscheidung war mit Nebenbestimmungen zu versehen (siehe folgenden Abschnitt 2.3.).

2.1. Betrieb eines Transportnetzes

Die Antragstellerin ist als Betreiberin eines Übertragungsnetzes nach § 4a Abs. 1 S. 1 EnWG verpflichtet, sich zertifizieren zu lassen, denn der Betrieb eines Transportnetzes bedarf der Zertifizierung durch die Regulierungsbehörde. Transportnetz ist nach § 3 Nr. 31d EnWG jedes Übertragungs- oder Fernleitungsnetz, dementsprechend ist Transportnetzbetreiber gemäß § 3 Nr. 31c EnWG jeder Betreiber eines Übertragungs- oder Fernleitungsnetzes.

Die Antragstellerin betreibt ein Übertragungsnetz i.S.v. § 3 Nr. 10 EnWG.

Betreiber von Übertragungsnetzen sind natürliche oder juristische Personen oder rechtlich unselbständige Organisationseinheiten eines Energieversorgungsunternehmens, die die Aufgabe der Übertragung von Elektrizität wahrnehmen und die verantwortlich sind für den Betrieb, die Wartung sowie erforderlichenfalls den Ausbau des Übertra-

gungsnetzes in einem bestimmten Gebiet und gegebenenfalls der Verbindungsleitungen zu anderen Netzen, § 3 Nr. 10 EnWG. Im Strombereich findet die Abgrenzung zum Verteilnetzbetreiber wie bisher über die Spannungsebenen statt, so dass als Übertragungsnetzbetreiber diejenigen Betreiber gelten, die Strom über ein Höchst- oder Hochspannungsverbundnetz, einschließlich grenzüberschreitender Verbindungsleitungen (vgl. § 3 Nr. 32 EnWG), transportieren.

Hiernach ist die Antragstellerin als Betreiberin eines Übertragungsnetzes zu qualifizieren, denn sie betreibt ein Netz, das technisch der Höchstspannungsebene zugeschrieben wird. Bei den beiden Anbindungsleitungen der Antragstellerin handelt es sich um HGÜ-Leitungen, die über Konverter mit dem Höchstspannungsnetz der TenneT TSO GmbH verbunden sind.

2.2. Nachweis der Organisation nach § 8 EnWG

Die Antragstellerin hat nachgewiesen, dass sie entsprechend den Vorgaben in § 8 EnWG als eigentumsrechtlich entflochtener Transportnetzbetreiber organisiert ist. Sie hat Eigentum an ihrem Transportnetz inne (siehe folgenden Abschnitt 2.2.1.), sowohl Kontrolle als auch Rechte mit Bezug auf die Bereiche Gewinnung, Erzeugung oder Versorgung sind beschränkt (siehe folgenden Abschnitt 2.2.2.), die Vorgaben zu den Mitgliedern des Aufsichtsrates oder der zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organe sind eingehalten (siehe folgenden Abschnitt 2.2.3.) und ausreichende finanzielle, materielle, technische und personelle Mittel sind gewährleistet (siehe folgenden Abschnitt 2.2.4.). Im Rahmen des Entflechtungsvorgangs ist sichergestellt worden, dass sensible Informationen nicht in die Bereiche Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb gelangen (siehe folgenden Abschnitt 2.2.5.).

2.2.1. Eigentum am Transportnetz

Die Antragstellerin ist Eigentümerin ihres Transportnetzes gem. § 8 Abs. 2 S. 1 EnWG.

Die Antragstellerin ist unmittelbare Eigentümerin oder zumindest Bruchteilseigentümerin des ganz oder überwiegenden Teils des von ihr betriebenen Transportnetzes. Miteigentum nach Bruchteilen gem. § 1008 BGB oder andere Formen des Miteigentums sind Formen des Eigentums an einer Sache und erfüllen somit die Anforderungen des § 8 Abs. 2 Satz 1 EnWG.

Die Antragstellerin ist unmittelbare Eigentümerin der für das Transportnetz direkt erforderlichen Betriebsmittel nach Maßgabe des § 8 Abs. 2 S. 1 EnWG. Diese umfassen

im Wesentlichen die Anbindungsleitungen einschließlich der Konverter für Offshore-Windenergieanlagen HelWin2 und DolWin2. Darüber hinaus hat die Antragstellerin ein Bruchteilseigentum am Leerrohrbauwerk Norderney. Dieses wurde speziell für die gebündelte Anbindung mehrerer Offshore-Windparks gebaut. Das Leerrohrbauwerk wird voraussichtlich für sechs Anbindungssysteme benötigt. Für das Anbindungssystem DolWin2 hat die Antragstellerin daher an diesem Leerrohrbauwerk ein Bruchteilseigentum in Höhe von 1/6 erworben.

2.2.2. Kontrolle und Rechte am Transportnetzbetreiber

(1) Die Antragstellerin übt keine Kontrolle oder Rechte an Unternehmen aus, die eine der Funktionen Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb von Energie an Kunden wahrnehmen, denn sie hat keine eigenen Beteiligungen.

(2) Des Weiteren üben auch die Gesellschafter der Antragstellerin keine gegen § 8 Abs. 2 S. 2 und 3 EnWG verstoßende Kontrolle oder Rechte an Unternehmen aus, die eine der Funktionen Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb von Energie an Kunden wahrnehmen.

(i) Die Anteile der Antragstellerin befinden sich vollständig im Eigentum der TenneT Offshore 8. Beteiligungsgesellschaft mbH. Die Anteile an dieser Gesellschaft werden zu 51 % von der TenneT Offshore GmbH und zu 49 % von der Diamond Germany 2. Transmission GmbH gehalten.

(a) Die Anteile an der TenneT Offshore GmbH werden zu 100 % von der TenneT GmbH & Co KG gehalten, die, vermittelt über weitere Gesellschaften, im Alleineigentum der TenneT Holding B.V. in Arnheim, Niederlande, steht, welche sich zu 100 % im Eigentum des Königreichs der Niederlande befindet. Die Beteiligung wird dort vom Ministerium für Finanzen gehalten, welches über keine Beteiligungen an Unternehmen verfügt, die eine der Funktionen Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb von Energie an Kunden wahrnehmen.

(b) Die Anteile der Diamond Germany 2. Transmission GmbH werden zu 100 % von der Diamond Transmission Corporation Limited gehalten, welche zu 100 % im Eigentum der Mitsubishi Corporation mit Sitz in Tokyo, Japan, steht.

Neben dieser Beteiligung hält die Mitsubishi Corporation mehrere Unternehmensbeteiligungen in Bezug auf Unternehmen der Energieerzeugung in der Europäischen Union bzw. der Europäischen Wirtschaftszone sowie weitere Beteiligungen außerhalb Euro-

pas. [REDACTED]. Darüber hinaus bestehen Beteiligungen an Unternehmen die die Funktion der Gewinnung, Erzeugung oder des Vertriebs von Energie im Elektrizitäts- und Gassektor wahrnehmen außerhalb Europas (Nordamerika, Südamerika, Asien, Mittelamerika, Mittlerer Osten, Fernost sowie Ozeanien).

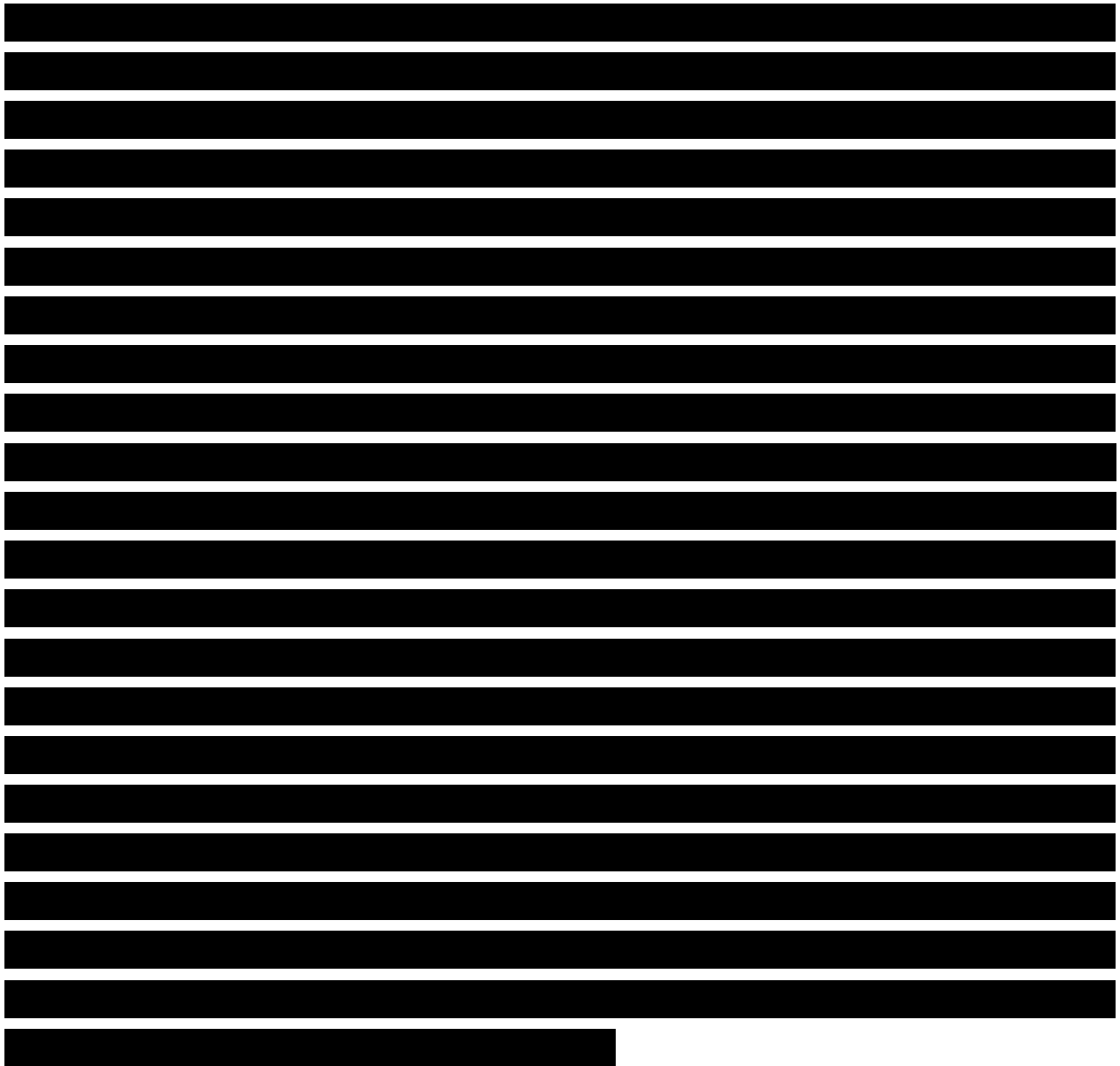
Abgesehen von [REDACTED] Projekten hat die Mitsubishi Corporation bei ihren Beteiligungen in Europa an den jeweiligen Projektgesellschaften eine kontrollierende Stellung. Somit kontrolliert sie Unternehmen, die eine der Funktionen Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb von Energie an Kunden wahrnehmen oder übt relevante Rechte i.S.d. § 8 Abs. 2 EnWG an solchen Unternehmen aus.

Der Zertifizierung stehen diese Beteiligungen der Mitsubishi Corporation jedoch nicht entgegen. Denn eine einschränkende Auslegung des § 8 Abs. 2 EnWG kann im Einzelfall ausnahmsweise dann geboten sein, wenn die konkrete Beteiligung in den Bereichen Erzeugung, Gewinnung oder Vertrieb von Energie an Kunden keinerlei Anreiz bietet, die Entscheidungen des Transportnetzbetreibers zum Vorteil seiner Gesellschafter oder zum Nachteil von Konkurrenten zu beeinflussen. Eine abweichende Auslegung, die einen Entflechtungsverstoß annehmen würde, obwohl kein Anreiz zur missbräuchlichen Beeinflussung des Transportnetzbetreibers besteht, würde zu unverhältnismäßigen Ergebnissen führen, die angesichts der Ziele der Entflechtung und der Notwendigkeit von erheblichen Investitionen in das Energieversorgungssystem nicht gerechtfertigt wären.

Ob im konkreten Fall eine einschränkende Auslegung ausnahmsweise geboten ist, ist im Wege einer Gesamtschau und Abwägung aller Umstände, die für oder gegen einen Anreiz zur missbräuchlichen Beeinflussung des Transportnetzbetreibers sprechen, zu beurteilen.

Soweit die Beteiligungen der Mitsubishi Corporation an Unternehmen die die Funktion der Gewinnung, Erzeugung oder des Vertriebs von Energie im Elektrizitäts- und Gassektor wahrnehmen, in Nordamerika, Südamerika, Asien, Mittelamerika, Mittlerer Osten, Fernost sowie Ozeanien betreffen, erscheint die Gefahr eines Interessenkonfliktes bereits dadurch ausgeschlossen, dass keine technische oder wirtschaftliche Verbindung zwischen den Märkten und dem Elektrizitätsmarkt in Europa besteht. Es ist auch auf absehbare Zeit ausgeschlossen, dass eine solche Verbindung entstehen könnte.

Hinsichtlich der Beteiligungen an den Erzeugungsanlagen in Europa ist eine Beeinflussung der Antragstellerin durch die Mitsubishi Corporation zu deren eigenem Vorteil ausgeschlossen.



Diese Beteiligungen an Erzeugungskapazitäten stehen vorliegend einer Zertifizierung aber nicht entgegen, da aus folgenden Gründen kein Anreiz besteht, die Netzbetreiber-tätigkeit zu missbrauchen, um den Anteilseignern Vorteile zu verschaffen:

Ein Einfluss auf den Markt, den die Mitsubishi Corporation ausüben könnte, wäre nur durch die Unterbrechung der von der Antragstellerin und ihrer Schwestergesellschaft, der TenneT Offshore 1. Beteiligungsgesellschaft mbH, betriebenen Netze möglich. Hierdurch könnte sie theoretisch Einfluss auf die Energiepreise haben. Dieser Einfluss wäre nicht erheblich, weil die an den Anbindungsleitungen der Antragstellerin und ihrer Schwestergesellschaft (HelWin2 und DolWin2, sowie BorWin1 und BorWin2) ange-

geschlossenen Anlagen zusammen eine Kapazität von 2800 MW aufweisen, die zudem häufig aufgrund des stochastischen Winddargebots nicht vollständig ausgelastet ist. Im Vergleich dazu waren im Jahr 2014 in Deutschland ca. 196 GW Erzeugungsleistung installiert (Monitoringbericht 2015 der BNetzA und des BKartA, S. 19). Ein signifikanter Einfluss auf den deutschen Großhandelspreis ist damit nicht gegeben.

Abgesehen davon, dass somit bereits kein Anreiz für Mitsubishi Corporation zur missbräuchlichen Beeinflussung der Antragstellerin besteht, ist diese Möglichkeit auch durch die indirekte Beteiligung des TenneT-Konzerns an der Antragstellerin ausgeschlossen. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die TenneT-Gruppe entsprechendes missbräuchliches Verhalten der Antragstellerin dulden würde, [REDACTED]

[REDACTED] Denn die TenneT TSO GmbH wäre im Falle einer Störung der Netzanbindung einem sehr großen wirtschaftlichen Risiko ausgesetzt, ohne dass dem ein wirtschaftlicher Vorteil für den TenneT-Konzern gegenüber stünde. Durch eine Störung der Netzanbindung können nämlich den angeschlossenen Offshore-Windparks Ansprüche auf Entschädigung gegen den anbindungspflichtigen Übertragungsnetzbetreiber – vorliegend TenneT TSO GmbH – in Höhe von 90 % der im Falle der Einspeisung erzielten Vergütung entstehen (§ 17e Abs. 1 EnWG, § 31 Abs. 3 EEG). Im Falle einer vorsätzlichen Störung ist die Wälzung dieser Kosten an die Netznutzer vollständig ausgeschlossen, im Falle der fahrlässigen Verursachung hat der anbindungspflichtige Netzbetreiber einen erheblichen Eigenanteil zu

tragen (§ 17f Abs. 2 EnWG). Es gilt die Vermutung grober Fahrlässigkeit (§ 17f Abs. 3 S. 4 EnWG).

Ferner ist auch die potentielle Einflussnahme auf die Antragstellerin seitens Mitsubishi eingeschränkt. [REDACTED]

[REDACTED] Die Kommission hatte im Zertifizierungsverfahren der Schwestergesellschaft TenneT Offshore 1. Beteiligungsgesellschaft mbH darauf hingewiesen, dass sensible Informationen bezüglich des Netzbetriebes, die dem seitens Mitsubishi eingesetzten Geschäftsführer der Antragstellerin bekannt werden, durch diesen an Mitsubishi weitergegeben werden könnten, wodurch Mitsubishi einen Vorteil gegenüber anderen Netznutzern erlangen würde.

[REDACTED] Einer solchen potentiellen Gefahr der Diskriminierung anderer Netznutzer wird auch durch die Auflage in Tenorziffer 2. Rechnung getragen. Durch diese Auflage wird ausgeschlossen, dass die Geschäftsführer der Antragstellerin Mitglied des Aufsichtsrates oder zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organe eines anderen von der Mitsubishi Corporation kontrollierten Unternehmens, das im Bereich der Gewinnung oder Erzeugung von Energie tätig ist, sind.

In ihrer Stellungnahme zum vorliegenden Zertifizierungsverfahren der TenneT Offshore 9. Beteiligungsgesellschaft mbH macht die Kommission jedoch darauf aufmerksam, dass durch die von der Antragstellerin abgegebene Erklärung lediglich bestehende rechtliche Verpflichtungen bestätigt werden und dass überprüft werden müsse, ob beispielsweise hinsichtlich vertraglicher Berichtspflichten des von Mitsubishi ernannten Geschäftsführers tatsächlich angemessene Vorkehrungen getroffen wurden.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Darüber hinaus haben die TenneT Offshore GmbH und die Diamond 2. Transmission GmbH als alleinige Gesellschafter der TenneT Offshore 9. Beteiligungsgesellschaft mbH, die wiederum alleinige Gesellschafterin der Antragstellerin ist, eine strenge Vertraulichkeitsregelung in ihrer Gesellschaftervereinbarung getroffen, mit der der Informationsaustausch zwischen der Antragstellerin und der Mitsubishi Corporation weiter eingeschränkt wird.

Ebenfalls hatte die Kommission im Zertifizierungsverfahren der Schwestergesellschaft TenneT Offshore 1. Beteiligungsgesellschaft mbH in ihrer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass sich die Anteile der Mitsubishi Corporation an Anlagen zur Erzeugung von Energie jederzeit ändern können und dieses eine Neubewertung des gesamten Sachverhaltes nötig machen könnte. Die Bundesnetzagentur kommt diesem Anliegen durch die Auflage in Tenorziffer 3 nach. Demnach muss die Antragstellerin der Bundesnetzagentur quartalsweise über die Anteile der Mitsubishi Corporation an Anlagen zur Gewinnung oder Erzeugung von Energie berichten. Darüber hinaus hat die Kommission in ihrer Stellungnahme zum vorliegenden Zertifizierungsverfahren der TenneT Offshore 9. Beteiligungsgesellschaft mbH angemerkt, dass die Berichtspflichten der Antragstellerin auch Tätigkeiten der Mitsubishi Corporation im Bereich der Strom- und Gasversorgung umfassen sollten. Die Bundesnetzagentur hat dieses Anliegen durch eine Anpassung der in Tenorziffer 3. erteilten Auflage berücksichtigt. Demnach muss die Antragstellerin quartalsweise auch über die Tätigkeiten der Mitsubishi Corporation im Bereich der Strom- und Gasversorgung berichten.

(ii) Die Mitsubishi Corporation hat mehrere Investitionen in Offshore-Stromübertragungssysteme in Großbritannien (sogenannte OFTOs) getätigt. [REDACTED]

[REDACTED]

2.2.3. Mitglieder des Aufsichtsrats oder der zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organe

Die Antragstellerin hat nachgewiesen, dass keine unzulässigen personellen Verflechtungen bestehen.

Für Mitglieder des Aufsichtsrats oder der zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organe gilt, dass die Tätigkeit für den Transportnetzbetreiber unvereinbar ist mit solchen Tätigkeiten für ein Unternehmen, das eine Funktion der Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb von Energie an Kunden wahrnimmt (vgl. § 8 Abs. 2 S. 4 und 5 EnWG).

Hinsichtlich der Anforderungen an die Besetzung des Aufsichtsrats ist dies schon deshalb unproblematisch, weil die Antragstellerin als GmbH über keinen Aufsichtsrat verfügt und auch energierechtlich nicht verfügen muss. Als eigentumsrechtlich entflochtene Transportnetzbetreiberin ist sie – im Gegensatz zu einem unabhängigen Transportnetzbetreiber nach § 10d EnWG – nicht zur Bildung eines Aufsichtsrats verpflichtet.

Des Weiteren hat die Antragstellerin auch für die zu ihrer gesetzlichen Vertretung berufenen Organe ausreichend dargelegt, dass die Anforderungen des § 8 Abs. 2 Satz 4 und Satz 5 EnWG eingehalten werden. Der Geschäftsführung der Antragstellerin gehören zwei Geschäftsführer an. [REDACTED]

gegenüber der Beschlusskammer
s oder eines zur gesetzlichen Vertre-
ein, das den Bereichen Gewinnung,

2.2.4. Gewährleistung der Mittel

Die Antragstellerin hat ferner nachgewiesen, dass sie als Transportnetzbetreiber über die finanziellen, materiellen, technischen und personellen Mittel verfügt, die erforderlich sind, um die Aufgaben nach Teil 3 Abschnitt 1 bis 3 des EnWG wahrzunehmen (§ 8 Abs. 2 S. 9 EnWG).

(i) Insbesondere hat die Antragstellerin dargelegt, dass sie finanziell in der Lage ist, ein sicheres, zuverlässiges und leistungsfähiges Energieversorgungsnetz diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht zu optimieren, zu verstärken und auszubauen.

Die Errichtung der Anbindungsleitung HelWin2 ist bereits abgeschlossen, während sich die Anbindungsleitung DolWin2 noch im Bau befindet. [REDACTED]

[REDACTED] Nach Fertigstellung müssen die finanziellen Mittel der Antragstellerin vor allem für den Betrieb und die Wartung der beiden Anbindungsleitungen genügen. Zudem muss gewährleistet sein, dass im Falle eines Großschadens an den Anbindungsleitungen die Möglichkeit besteht, weitere finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die TenneT Offshore GmbH bietet als mittelbare Gesellschafterin der Antragstellerin Gewähr dafür, dass dieser ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Die Anteile an der TenneT Offshore GmbH werden zu 100 % von der TenneT GmbH & Co KG gehalten, die, vermittelt über weitere Gesellschaften, im Alleineigentum der TenneT Holding B.V. steht. Diese wird durch die Ratingagentur Standard & Poor's mit dem langfristigen Rating A- bewertet. Die Ratingagentur Moody's bewertet die TenneT Holding B.V. mit dem langfristigen Rating A3.

Die Beschlusskammer geht darüber hinaus davon aus, dass die zweite mittelbare Gesellschafterin der Antragstellerin, die Mitsubishi Corporation, bereit und in der Lage ist, die nötigen finanziellen Mittel für die Antragstellerin bereit zu stellen, für den Fall eines Ausfalls der TenneT Offshore GmbH auch alleine. Die Mitsubishi Corporation wird durch die Ratingagentur Standard & Poor's mit dem langfristigen Rating A+ bewertet. Die Ratingagentur Moody's bewertet die Mitsubishi Corporation mit dem langfristigen Rating A1. Die Mitsubishi Corporation gilt damit, ebenso wie die TenneT Holding B.V., als sichere Anlage und verfügt somit über einen guten Zugang zu Kapital am Kapitalmarkt. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Antragstellerin ist damit gewährleistet.

(ii) Des Weiteren hat die Antragstellerin dargetan, dass sie über die materielle und technische Ausstattung, die für die Erfüllung der Pflichten des Transportnetzbetreibers notwendig ist, verfügt. Hierzu zählen insbesondere alle für den Betrieb des Transportnetzes erforderlichen Anlagen und personellen Ressourcen, [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Hierzu hat die Antragstellerin selbst zwei Geschäftsführer direkt angestellt. [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Die TenneT TSO GmbH selbst verfügt über eine Netzbetreibergenehmigung gemäß § 4 Abs. 1 EnWG und ist außerdem als Transportnetzbetreiber gemäß § 4a EnWG zertifiziert (BK6-12-047). [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Insgesamt liegen der Beschlusskammer keine Anhaltspunkte dafür vor, dass der [REDACTED] es der Antragstellerin unmöglich macht, letztverantwortlich die gesetzeskonforme Erfüllung ihrer Netzbetreiberaufgaben zu gewährleisten.

2.2.5. Übermittlung sensibler Informationen

Schließlich hat die Antragstellerin zur Überzeugung der Beschlusskammer erläutert, dass im unmittelbaren Zusammenhang mit ihrem Entflechtungsvorgang weder wirtschaftlich sensible Informationen nach § 6a EnWG, über die ein Transportnetzbetreiber verfügt, der Teil eines vertikal integrierten Unternehmens war, an Unternehmen übermittelt wurden, die eine der Funktionen Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb von Energie an Kunden wahrnehmen, noch ein Personalübergang vom Transportnetzbetreiber zu

diesen Unternehmen stattgefunden hat, § 8 Abs. 3 EnWG. Für den Übergang des Personals gilt als Stichtag der Tag des Inkrafttretens des EnWG.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Die Antragstellerin hat gegenüber der Beschlusskammer erklärt, dass sie sich ihrer Verantwortung bewusst sei zur Wahrung der Vertraulichkeit und aktiv die Übermittlung wirtschaftlich sensibler Daten an Unternehmen verhindere, die eine der Funktionen Gewinnung, Erzeugung oder Vertrieb von Energie an Kunden wahrnehmen. Um dies bei allen Dienstleistern sicherzustellen, würden mit diesen strenge Vertraulichkeitsvereinbarungen abgeschlossen. [REDACTED]

[REDACTED]

Die TenneT TSO GmbH [REDACTED] verfügt über eine eigene Informations- und Datenverarbeitungsinfrastruktur, deren Trennung von der E.ON AG bis zum 05.02.2012 stattgefunden hat. Dies hat die TenneT TSO GmbH in ihrem eigenen Zertifizierungsantrag gegenüber der Beschlusskammer nachgewiesen. Zudem werden von ihr seit März 2012 keine Dienstleistungen mehr bei der E.ON IT GmbH bezogen. Im Rahmen des Trennungsprozesses hat die TenneT TSO GmbH die Übermittlung wirtschaftlich sensibler Informationen durch die Implementierung eigener Server und die Schaffung einer eigenen IT-Infrastruktur verhindert.

2.3. Nebenbestimmungen

Die Zertifizierung kann mit Nebenbestimmungen verbunden werden, soweit dies erforderlich ist, um zu gewährleisten, dass die Vorgaben des § 8 EnWG erfüllt werden, § 4a Abs. 4 EnWG. Sie kann im Sinne von § 36 VwVfG befristet, bedingt oder unter Widerrufsvorbehalt erlassen werden. Ebenso kann sie mit einer Auflage oder dem Vorbehalt deren nachträglicher Aufnahme, Änderung oder Ergänzung versehen werden.

Die Auflage in Tenorziffer 2 ist erforderlich, um zu gewährleisten, dass die Vorgaben des § 8 EnWG dauerhaft erfüllt werden. Die Mitsubishi Corporation hält Unternehmensbeteiligungen in Bezug auf Unternehmen der Energieerzeugung. Durch die Auflage wird sichergestellt, dass die Antragstellerin durch diese Beteiligungen nicht beeinflusst wird. Zwar erfüllt die Antragstellerin die Auflage derzeit. Sie ist aber dennoch notwendig, um eine Beeinflussung dauerhaft auszuschließen.

Die Auflage in Tenorziffer 3 ist ebenfalls erforderlich, um die Vorgaben des § 8 EnWG auch zukünftig zu gewährleisten. Die Mitsubishi Corporation hält Beteiligungen an Unternehmen der Erzeugung, Gewinnung oder Vertrieb von Energie. Eine relevante Ausweitung dieser Beteiligungen könnte eine Neubewertung des gesamten Sachverhaltes nötig machen. Die Auflage stellt sicher, dass die Bundesnetzagentur rechtzeitig Kenntnis von Veränderungen dieser Beteiligungen sowie von sonstigen Tätigkeiten der Mitsubishi Corporation im Bereich der Strom- und Gasversorgung erlangt.

Der Widerrufsvorbehalt stellt sicher, dass die hier erteilte Zertifizierung partiell oder vollständig wieder aufgehoben werden kann, sofern sich zukünftig Umstände ändern, die eine Aufrechterhaltung der erteilten Zertifizierung nach Maßgabe des geltenden Rechts nicht mehr rechtfertigen.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann binnen einer Frist von einem Monat ab Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten.

Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Christian Mielke
Vorsitzender

Dr. Jochen Patt
Beisitzer

Jens Lück
Beisitzer

